

November 2015

Hintergrundpapier Südafrika

Dieses Hintergrundpapier des Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft und der EU Chamber of Commerce and Industry in Southern Africa erscheint anlässlich des Deutschlandbesuchs des südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma am 10. November 2015 in Berlin.

Südafrika ist der wichtigste afrikanische Industriestandort. Für Europa und Deutschland ist die Republik am Kap gleichermaßen jeweils der wichtigste Handelspartner und Investitionsstandort. Dies gilt im Umkehrschluß auch für die Bedeutung Europas aus südafrikanischer Sicht. Die Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika sind folglich für die europäisch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen von zentraler Bedeutung.

Die Republik Südafrika hat innerhalb der vergangenen beiden Jahrzehnte maßgeblich zur politischen Stabilisierung und zum wirtschaftlichen Aufschwung Afrikas beigetragen. Dabei steht das Land auch heute noch vor der Herausforderung, die sozialen und ökonomischen Folgen der Apartheidspolitik zu bewältigen.

Die Vorreiterrolle Südafrikas als die Wirtschaftsmacht des afrikanischen Kontinents droht jedoch verlorenzugehen. Innerhalb der vergangenen zehn Jahre ist das Land im Doing Business Report der Weltbank von Rang 28 auf Rang 73 zurückgefallen. Die Weltbank und andere internationale Organisationen sehen u.a. Defizite in der Energieversorgung, im Bildungsbereich und den Arbeitsverhältnissen.

Die europäischen und deutschen Unternehmen fordern daher die südafrikanische Regierung auf, bessere Rahmenbedingungen für die einheimischen und internationalen Firmen zu schaffen. Europa und Deutschland sind wiederum gefragt, diese Entwicklung zu unterstützen.

I. Europa, Deutschland und Südafrika - Die gegenseitige wirtschaftliche Bedeutung

Südafrika ist für Europa und Deutschland der jeweils wichtigste wirtschaftliche Partner auf dem afrikanischen Kontinent. Der Anteil Südafrikas bei den Exporten der Europäischen Union (EU) nach Afrika liegt bei 17 Prozent und bei den Importen bei 11 Prozent. Die EU hat einen Anteil von 24,4 Prozent am südafrikanischen Außenhandel und ist damit vor China (12,8 Prozent) und den USA (6,8 Prozent) der mit Abstand größte Handelspartner.

Innerhalb der EU hat Deutschland mit einem Handelsvolumen von 12,3 Mrd. Euro (2014) dabei den größten Anteil und ist nach der VR China (18,8 Mrd. Euro) der wichtigste südafrikanische Partner im

Außenhandel. Die deutschen Exporte erreichten 2014 einen Wert von 8,3 Mrd. Euro und konnten im ersten Halbjahr 2015 um 27,8 Prozent gesteigert werden. Der deutsche Warenimport belief sich 2014 wiederum auf 4,9 Mrd. Euro und konnte im ersten Halbjahr 2015 mit einem Plus von 19,2 Prozent ebenfalls deutlich gesteigert werden.

Bei den Ausländischen Direktinvestitionen ist die Bedeutung der Beziehungen noch größer. Die EU hat 26 Prozent (58,2 Mrd. Euro) seiner Ausländischen Direktinvestitionen in Afrika (221 Mrd. Euro) in der Republik Südafrika getätigt. 77 Prozent der ausländischen Investitionen in Südafrika kommen aus der EU und sind damit weiterhin die mit Abstand wichtigste Quelle für Ausländische Direktinvestitionen.

Deutschland ist neben Großbritannien und den Niederlanden der größte europäische Investor in Südafrika. Mehr als 400 deutsche Unternehmen haben in Südafrika insgesamt einen Investitionsbestand in Höhe von mehr als 5 Mrd. Euro. Sie beschäftigen unmittelbar 70.000 Arbeitnehmer und erzielen einen Umsatz von rund 18 Mrd. Euro.

II. Die wirtschaftliche Situation Südafrikas

Die südafrikanische Wirtschaft befindet sich derzeit in einem Stimmungstief. Der Business Confidence Index der South African Chamber of Commerce and Industry ist im September 2015 auf den niedrigsten Stand seit über zwei Jahrzehnten gefallen. Für das schlechte Geschäftsklima nennt die Kammer neben externen Faktoren wie fallenden Rohstoffpreisen und Nervosität der internationalen Finanzmärkte auch eine Reihe von lokalen Faktoren. Demnach sind die Krise des Energiesektors, das Versagen der Services Sector Education and Training Authority (SETA) und das schwache Wirtschaftswachstum wesentliche Gründe für die geringe Zuversicht. Im zweiten Quartal 2015 verzeichnete Südafrika einen Rückgang des BIP von 1,3 Prozent. Die ausländischen Investoren scheinen angesichts dieser Situation ebenfalls das Vertrauen zu verlieren. Nach Angaben des World Investment Reports der UNCTAD gingen 2014 die die Ausländischen Direktinvestitionen in Südafrika gegenüber dem Vorjahr um 31,2 Prozent auf 5,8 Mrd. US-Dollar zurück. Allerdings lagen die Investitionen damit immer noch über den aus den Jahren 2010 bis 2012.

Die immer niedrigere Platzierung Südafrikas im Doing Business Report 2016 der Weltbank zeigt jedoch die mittel- und langfristige Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Südafrikas auf. Während Südafrika noch vor zehn Jahren auf Platz 28 im jährlichen Bericht der Weltbank gelistet wurde, ist das Land inzwischen nur noch auf Platz 73. Inzwischen liegen andere afrikanische Länder wie z.B. Botswana und Ruanda vor Südafrika.

Die negative Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stärke Südafrikas schlägt sich auch in der Herabstufung Südafrikas in der Länderklassifizierung für die Exportkreditgarantien der Bundesrepublik Deutschlands nieder. Südafrika wurde Anfang Juli 2015 von Kategorie 3 in Kategorie 4 zurückgestuft.

III. Die aktuelle südafrikanische Wirtschaftspolitik

Der südafrikanische Präsident Jacob Zuma bezeichnet sein Land als „open for business“. Seine Politik und die aktuelle Gesetzgebungen der Regierung senden jedoch teilweise gegenteilige Signale. Die einseitige Kündigung bilateraler Investitionsabkommen mit europäischen Ländern war 2013 eine besonders negative Botschaft an ausländische Wirtschaftspartner. Bilaterale Abkommen seien nicht mehr zeitgemäß, die eigene Verfassung böte genug Schutz lautete die Begründung der Kündigung

vor knapp zwei Jahren. Daran hatten u.a. der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft und die EU Chamber of Commerce and Industry in Southern Africa Zweifel und Kritik geäußert. Erst im Juli 2015 wurde vom Kabinett der Gesetzesentwurf zur Promotion and Protection of Investment Bill verabschiedet und anschließend dem Parlament zu Anhörung vorgelegt. Der Gesetzesentwurf benachteiligt Staaten wie Deutschland im Hinblick auf den bisherigen Investitionsschutz, da z.B. eine neutrale Schiedsgerichtsbarkeit nicht vorgesehen ist.

Eine weitere Hürde bilden neue Regularien im Bereich des Broad-Based Black Economic Empowerment Act (B-BBEE). Grundsätzlich wird die B-BBEE-Gesetzgebung von den ausländischen Unternehmen begrüßt, da es die Benachteiligung der Apartheidszeit beseitigen soll. Die zunehmende Überregulierung bzw. Bürokratisierung ist jedoch nach Ansicht vieler Unternehmen so gravierend, dass die positiven Effekte vermehrt in den Hintergrund treten. Interne Trainings- und Praktikumsprogramme zur Förderung bisher benachteiligter Bevölkerungsgruppen werden, sofern nicht durch langwierige Prozesse zertifiziert, zum Beispiel nur unzureichend anerkannt und berücksichtigt.

Ebenfalls negativ wirken sich die neuen Visa- und Arbeitsgenehmigungsbestimmungen aus. Sie blockieren den volkswirtschaftliche sinnvollen Zuzug von gut ausgebildeten Arbeitskräften und hemmen sowohl den Transfer von Fachkenntnissen und Expertenwissen als auch allgemein Investitionen.

Die EU und Deutschland wünschen sich faire Wettbewerbsbedingungen und einen offenen Markt, damit sie mit ihren qualitativ hochwertigen Produkten und durch einen kontinuierlichen Wissenstransfer auch weiterhin zum Wohlstand Südafrikas beitragen können.

IV. Deutsch-Südafrikanische Wirtschaftspartnerschaft

Die deutsche Wirtschaft will die Kooperation zwischen Deutschland und Südafrika weiter ausbauen. Derzeit stellen sich ihr die folgenden aktuellen Herausforderungen:

1. Mehr Sicherheit für Investitionen

Die südafrikanische Regierung hat 2013 einseitig das 1998 in Kraft getretene bilaterale Investitionsschutzabkommen zwischen Deutschland und Südafrika gekündigt. Seit 2014 sind daher nur noch bestehende Investitionen – mit einer Frist bis 2034 – geschützt. Das hat zu einer erheblichen Verunsicherung bei bestehenden und potentiellen Investoren geführt. Die Regierungen in Berlin und Pretoria sind gefordert, eine Regelung zu treffen, welche das bis 2014 geltende Investitionsschutzniveau wiederherstellt. Dazu können nationale Gesetze als auch bilaterale bzw. multilaterale Abkommen beitragen, sofern zumindest die Qualität weiterhin bestehender bilateraler Investitionsschutzabkommen, wie z.B. mit der VR China, erreicht wird..

2. Finanzierung erleichtern

Bei der staatlichen Absicherung von Auslandsgeschäften durch Hermes-Bürgschaften fällt Südafrika seit der Zurückstufung im Juli 2015 in die Risikokategorie 4. Damit gehört Südafrika immer noch zu den am besten eingestuftem Ländern Afrikas. Der Vergabe-Prozess läuft jedoch laut Unternehmern oft schleppend. Sie wünschen sich, dass die Bundesregierung dafür sorgt, dass die Vorlauf- und Bearbeitungszeiten von Anträgen auf Garantieübernahme kürzer werden und der bürokratische

Aufwand kleiner wird. Bei großen Energieprojekten sind frühzeitige Zusagen von Vorteil, damit Firmen bei Ausschreibungen schon bei der Abgabe eines Angebots entsprechende Finanzierungen offerieren können. Um es kleinen und mittleren Unternehmen einfacher zu machen, sollten kleinere Export- und Handelsfinanzierungen besser gefördert werden. Darüber hinaus sollte sich die Kündigung des bilateralen Investitionsschutzes möglichst nicht negativ auf die Gewährung von Investitionsgarantien auswirken. Voraussetzung dafür ist ein Investitionsschutzgesetz, das deutsche Investoren auf hohem Niveau schützt.

3. Bessere Bildung und Qualifikation

Etwa 70.000 Menschen arbeiten in Südafrika direkt bei deutschen Unternehmen (ca. 300.000 insgesamt bei EU-Unternehmen). Die vor Ort tätigen Firmen beklagen fast ausnahmslos einen Mangel an Fachkräften. Das hemmt deutsche Investoren und beschränkt das Wirtschaftswachstum am Kap. Viele Unternehmen bilden daher ihr Personal selbst aus. Die Bundesregierung unterstützt dabei Ausbildungsprogramme für klima- und umweltrelevante Berufe. Solche Programme sollten auf andere Sektoren der verarbeitenden Industrie ausgeweitet werden. So könnten Firmen in Kooperation mit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nicht nur wichtige Impulse geben, sondern sich auch positiv von anderen internationalen Investoren abheben. Zudem sollte durch eine weniger restriktive Visa-Politik auf deutscher Seite ein Fachkräfte-Austausch vorangetrieben werden. Damit hätten deutsche Firmen bessere Möglichkeiten, südafrikanisches Personal auch in Deutschland zu schulen.

4. B-BBEE transparenter gestalten

Die Prozesse des B-BBEE zur Einhaltung der verschiedenen Quoten sind zu komplex und kostspielig. Firmenanteile müssen etwa teilweise unter Wert abgegeben werden. Bei der Besetzung von Führungspositionen spielt die Qualifikation der Mitarbeiter häufig nur eine untergeordnete Rolle. Zusammen mit unzähligen Sonderregelungen und häufigen, manchmal wenig transparenten Veränderungen des Regelwerks, sorgt das bei Firmen für Verunsicherung. Anpassungen müssen transparenter kommuniziert werden. Unternehmen brauchen künftig mehr Hilfestellung bei der Umsetzung. Die Regierungen sollten die Vereinfachung der Verfahren besprechen.

5. Unternehmen von Bürokratie befreien

Die in Südafrika tätigen Unternehmen beklagen eine zunehmende Bürokratisierung. Die um 45 Plätze schlechtere Platzierung im Doing Business Report innerhalb von zehn Jahren belegt diese Entwicklung. Die südafrikanische Regierung wird dazu aufgefordert, Hindernisse für Innovationen, Investitionen und Wachstum zu beseitigen. Die deutsche Regierung sollte dabei ihre Hilfe anbieten und gleichzeitig die teilweise nach wie vor vorhandenen Stärken der südafrikanischen Wirtschaftsgesetzgebung für eigene Reformen nutzen.